

## **Beschluss**

### **TOP I.2 Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verwaltungsprozess**

Berichterstatter: Hessen, Brandenburg und Niedersachsen

1. Nicht zuletzt der russische Angriff auf die Ukraine hat deutlich gezeigt, dass Deutschland seine Abhängigkeit von den Ressourcen anderer Staaten reduzieren muss, um seine Handlungsfähigkeit und Versorgungssicherheit zu bewahren. Dies kann nur gelingen, wenn auch die Planungs- und Genehmigungsverfahren für große Infrastrukturvorhaben beschleunigt werden.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister erachten es für erforderlich, hierfür - in Fortführung ihrer bisherigen Überlegungen - das verwaltungsgerichtliche Verfahren weiter zu optimieren.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister begrüßen die Ankündigung des Bundesministers der Justiz, kurzfristig Vorschläge zur Beschleunigung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens vorzulegen, und bitten ihn, die Länder frühzeitig und umfassend in die anstehenden Arbeiten einzubinden und den Bedürfnissen der Praxis Rechnung zu tragen.